

Stahlhelmegeist.

In Naumburg veranstaltete das Reichsbanner am 19. Juli zum erstenmal eine öffentliche Feier mit Umzug. Duzende von schwarzweißroten Festen sind in der Stadt abgehalten worden ohne jede Störung. Aber gründlich tobte sich der Stahlhelmegeist gegen die Republikaner aus. Als in der Lokalpresse Quartiere gesucht wurden, ging eine Flut von Schmähbriefen ein, aus der wir zwei Beispiele als typisch in photographisch getreuer Form wiedergeben:

Kameraden das Festabzeichen vom Rod. Dadurch entstand ein Zusammenstoß in der Kirchpassage. Schlimmeres wurde durch Reichsbannerkameraden, die das Eisentor schlossen, verhindert.

Gegen 7 Uhr abends marschierte ein Stahlhelmüberfallkommando von 40 Mann durch die Straßen, das Zusammenstöße mit abmarschierenden Reichsbannerkameraden herbeizuführen suchte. In einigen Fällen mußte die Polizei einschreiten.

Dem Reichsbanner Kameraden
Hier

Wir fallen noch ein Zug von schwarzen Hosen für ungefähr 6 Mittelnachtsfahrten zum Spitzbrennen - sag frei.
Anspruchung um ein Kraft Fingel Koffmaler.

Überbringt mir R. 5
im Abg. Echo.

Ob
Ab Lombardeinwärtsbrennen "Mostrich"
für

In meinem ursprünglichen Kunstwerk Königreich
haben ich noch für 10 Koffmalerbrennen Münster
mit Anspruchung für 1 Zug abzugeben

Zu fragen mir M. 100.

Das sind die Auswirkungen der Erziehung durch die Stahlhelmpresse und die Stahlhelmführer vom Schläge des Baron v. Königge, der gelegentlich einer Stahlhelmfeier in Pladow (Grenzmark) erklärte: „Alle, die nicht im Stahlhelm sind, sind nach meiner Meinung Lumpen.“

Nach wie die Sprache ist auch das Tun dieser Stahlhelmer. In Naumburg ereignete sich folgendes:

Sonnabends nachts um 1 Uhr wurde am Jägerplatz das dort aufgestellte Transparent beschädigt und zwei dort stehende Reichsbannerleute von etwa 45 Stahlhelmen überfallen.

Kurze Zeit danach erfolgten zwei weitere Ueberfälle, wobei sieben Reichsbannerleute Stieb- und Stichverletzungen davontrugen. Rechtzeitiges Eingreifen der Polizei konnte einige Namen von Stahlhelmen feststellen und sie entwarnen. Ein Mitglied der Sanitätskolonne, das um Hilfe für die Verletzten ersucht wurde, verweigerte die Dienstleistungen und machte abfällige und beleidigende Äußerungen.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag überfielen Stahlhelmer drei junge Reichsbannerleute, als sie die Gegend der Wenzelkirche passierten. Dazukommende Schutzpolizeibeamte beschützten Mißhandlungen.

Während des Umzugs am Sonntag wurde versucht, einem Fahnenträger die Fahne zu entreißen. Die Angreifer wurden polizeilich festgestellt, das „Deckkommando“ verschwand rechtzeitig.

Während des Vorbeimarsches wurde von Stahlhelmen versucht, einem Mitglied der Jüdauener Reichsbannerkapelle das Musikinstrument aus der Hand zu schlagen.

Stahlhelmeleute beschimpften und belästigten die Frau eines Reichsbannermannes, weil diese ihrem im Zuge marschierenden Gatten einen Blumenstrauß gab, mit den Worten: „Einem solchen Lumpen kann nur eine Wo... Blumen zuwerfen.“

Am Sonntag mittag häuften sich die Anpöbelungen gegen einzelgehende Reichsbannerleute in der Jakobstraße, am Marktplatz, Lindenstraße, Promenade, Wiesenstraße, Bahnhofplatz und Steinweg.

Am Sonntag abend riß ein bekannter völkischer Führer zusammen mit zwei Gefinnungsgeossen einem Reichsbanner-

Zu einem größeren Zusammenstoß kam es beim Abmarsch einer Reichsbannerabteilung beim Café Hildebrandt. Ein junger Mensch schlug blindlings in die Kolonne. Aus dem Café wurde eine Tasse auf die Reichsbannerleute geworfen. Die Angreifer flüchteten in das Lokal, wo es schließlich zu einer Kauferei kam, die erst durch das Eintreffen eines Kommandos der Schutzpolizei beendet wurde.

Im Laufe der Abendstunden wurden von Stahlhelmen einzelgehenden Frauen und Mädchen und jüngern Reichsbannerleuten die Festabzeichen unter Beschimpfungen abgerissen.

Es ist beobachtet worden, daß während des Reichsbanner-tags zwischen der Geschäftsstelle des Stahlhelms und den Ueberfallkommandos ein regelrechter Melde-dienst eingerichtet war. Die Ueberfälle wurden planmäßig geleitet. Am Sonntag abend wurde bekannt, daß der Stahlhelm Gewehre und Munition bereitgelegt hatte. Am Montag vormittag gelang es der Schutzpolizei an einer Stelle 300 Infanteriepatronen zu beschlagnahmen. Dagegen gelang es nicht mehr, die Gewehre ausfindig zu machen.

So wie in Naumburg hat sich der Stahlhelmegeist auch in andern Orten offenbart. Ende Juni fand in Grimma eine Tagung des Allgemeinen sächsischen Siedlerverbandes statt, eine unpolitische Organisation, die zumeist aus Kriegsbeschädigten besteht. In eine gefällige Veranstaltung, die am Vorabend der Tagung stattfand, drang eine Abteilung Wewolfsleute, eine Jugendorganisation des Stahlhelms, ein und schlug mit Knüppeln, Säcken und Spaten auf die Festteilnehmer ein, auch Frauen, Kinder und Schwerbeschädigte wurden nicht verschont.

Von einem Vorfall in Braunschweig erhalten wir folgenden Bericht:

Die Ortsgruppe Schöningen unternahm am 19. Juli einen Ausmarsch nach Veierstedt, um dort eine neue Ortsgruppe zu begründen. Eine zweite Neugründung war für den Abend in Söllingen geplant. Der Weg dorthin führt über Zerzheim. Schon am Eingang zu dem Orte kam es zu Kämpfeleien, hervorgerufen von einem gewissen Sander, der

u. a. äußerte: In Zerzheim gilt nur Schwarzweißrot! Beim Durchmarsch drang der Schlossermeister Neubach, bemannet mit einem Wagenschwengel, auf die Reichsbannerleute ein. Inzwischen waren Stahlhelmer auf dem Schützenplatz, wo gerade ein Fest stattfand, alarmiert worden und eine vielhundertköpfige Menge umringte die Schöninger Kameraden, schlug mit Knüppeln, Saunlatten auf sie ein, bis sie unter einem Hagel von Steinen den Ortsausgang erreicht hatte. Viele trugen Wunden an Kopf und Gliedmaßen davon. Von Zeugen wird berichtet, daß den Schöninger Kameraden, deren Absicht, am Abend nach Söllingen zu marschieren, allgemein bekannt war, schon um 5 Uhr nachmittags in Zerzheim aufgelauert worden ist.

Der Gemeindevorsteher von Zerzheim ist ein eifriger Stahlhelmann, namens Kühne. Er hat nichts unternommen, um den Ueberfall zu verhüten. Bei der Präsidentschaftswahl führte er einen Stahlhelmschwarm an, der einen republikanischen Nebner in Zerzheim niederbrüllte.

Anfang Juni konnte in Zeitz der Stahlhelm ungestört einen „Deutschen Tag“ abhalten, als aber vierzehn Tage später eine Republikanische Kundgebung stattfand, riefen die schwarzweißroten Verbände zu einer Gegenkundgebung auf und der Stahlhelm zog seine Mannen aus dem Bezirk Halle nach Zeitz, wo sie, wie in Naumburg, am Abend über einzelne Reichsbannerleute herfielen. Die Vorfälle wurden zum Gegenstand einer Anfrage im Preußischen Landtag gemacht und auf Grund der getroffenen amtlichen Feststellungen gab der preussische Innenminister folgende Antwort:

Bei den Vorgängen in Zeitz in der Nacht zum 21. Juni 1925 sind nach den bisherigen Ermittlungen Reichsbannerangehörige von Mitgliedern des Stahlhelmbundes be-fähigt, tätlich angegriffen und mißhandelt, ferner sind schwarzrotgoldene und rote Fahnen gewaltsam von den Häusern entfernt und beschädigt worden. Diese Vorgänge bilden den Gegenstand eines gegen vier Stahlhelmsangehörige eingeleiteten Strafverfahrens bei der Staatsanwaltschaft in Naumburg a. d. S. Zur Vermeidung von Wiederholungen solcher Ausschreitungen habe ich die in Frage kommenden Behörden erneut auf meinen Erlaß vom 26. Mai d. J. (gegen das Treiben radikaler Elemente) hingewiesen.

Die beste und allein richtige Antwort auf diese Rohheiten sind gewissenhafte Vorbereitung und Durchführung der Reichsbannerveranstaltungen zum Verfassungstag!

Stahlhelm und Jungdo.

Der Streit zwischen Stahlhelm und dem Jungdeutschen Orden ist trotz „höheren Befehls“ nicht eingestellt worden. Der Jungdo hatte sich beschwerdeführend an den Reichspräsidenten Hindenburg in dessen Eigenschaft als Ehrenvorsitzenden des Stahlhelms gewandt und erhielt darauf folgende Antwort, unterzeichnet vom Staatssekretär des Reichspräsidenten:

Eurer Hochwohlgeboren

beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten mit-zuteilen, daß der Herr Reichspräsident von Ihrem gestrigen Schreiben mit großem Interesse Kenntnis genommen hat; insbesondere hat der Herr Reichspräsident aus Ihrem Schreiben mit Befriedigung entnommen, daß die in den Tageszeitungen über den angeblichen Frontwechsel des Jungdeutschen Ordens verbreiteten Nachrichten der Begründung entbehren.

Der Herr Reichspräsident hofft, daß die durch falsche Gerüchte entstandenen bedauerlichen Zwistigkeiten nicht von Dauer sein werden und die Einigkeit zwischen dem Jungdeutschen Orden und dem Stahlhelm bald wieder hergestellt sein möge.

Der Stahlhelm ist in dem Streite zweifellos unterlegen. Die Jungdo-Zeitung hat sämtliche Angriffe des Stahlhelms im Wortlaut ihren Anhängern zur Kenntnis gebracht. Die Stahlhelm-Zeitung drückt sich vor einer Wiedergabe der Antworten, die sie von der Jungdo-Zeitung erhielt. Sie lügt sich heraus, so gut sie es kann. Sie sprach von Verhandlungen, die eingeleitet seien. Der Jungdo sagt, ihm sei nichts davon bekannt. Der verantwortliche Redakteur des „Stahlhelms“ soll, wie der Jungdo mitteilt, als Sündenbock in die Wüste gejagt werden.

Die vom Jungdo aufgestellten Behauptungen über die Stellung des Stahlhelms zur Kandidatur Hindenburg usw. sind nicht widerlegt worden. Der Stahlhelmführer Selbte fand es aber für notwendig, in aller Form von Stresemann und seiner Außenpolitik scharf abzurücken!

Die Zeitung des Jungdo wiederholt ihre Behauptungen und belegt sie mit Einzelheiten. Sie schreibt u. a. zur Kandidatenfrage:

Am Tage vor der Ausrufung der Hindenburg-Kandidatur war der Stahlhelm noch der einzige, welcher in der gemeinsamen Front für Hindenburg nicht mitmachen wollte. Er blieb auf Seite des Roebell-Ausschusses, in welchem das Uebergewicht von Konzernen und Großbanken der nationalen Bewegung den Willen aufbrüden wollte. Man ging dann in einer letzten Sitzung im Preussischen Landtag... einfach über Herrn Selbte (Magdeburg) hinweg und ein anderer Stahlhelmführer, General v. Dommess, vertrat die Meinung des Stahlhelms im Sinne der Hindenburg-Kandidatur.

Von neuem bestreitet der Jungdo die finanzielle Unabhängigkeit des Stahlhelms, und auf die Frage des „Stahlhelms“, warum sich der Jungdo einer Klage gegen unsern Kameraden Hörsing nicht angeschlossen habe, wird folgende Antwort gegeben:

Der Reichsbannerführer Otto Hörsing hat alle diejenigen, welche die Broschüre des Reichstagsabgeordneten Geisler „Reichsbanner Rollet“ vertrieben haben, verleumdeter genannt. Wir selbst können diese Broschüre, welche dem Reichsbanner Landeserrat vorwirft, erst dann billigen, wenn Herr Geisler der Nachweis seiner Behauptung gelungen ist. Wir denken nicht daran, unsern deutschen Volksgenossen, auch wenn sie politisch unsre schärfsten Gegner sind, Landeserrat vorzuwerfen, wenn wir denselben nicht beweisen können. Im übrigen wissen wir nicht, ob nicht hier oder dort trotz dieser Meinung der Ordensleitung ein Bruder die Geisler'sche Schrift verbreitet hat. Sollte also Herr Geisler der Beweis für seine Behauptung vom Landeserrat des Reichsbanners nicht gelingen, so wird der Stahlhelm seinen Prozeß verlieren. Er wird daher entschuldigen, daß wir ihn nicht unterstützen.

Der Jungdo sagt voraus, daß sich die Stahlhelmleitung, die mit „Mitteln persönlicher Verleumdung kämpft“, bald selbst erlebigen werde und behauptet, im Stahlhelm seien „Mächte verankert, welche ein andres Ziel haben wie wir“.

Ueber kurz oder lang wird es, dessen sind wir überzeugt, innerhalb des Stahlhelms zum Krach kommen. Er kommt um so schneller, je besser unsere Kameraden es verstehen, allen zu j a m e n s t ö ß e n mit radikalistischen Stahlhelmen aus dem Wege zu gehen. Die Drohungen aus Stahlhelmfreien, insbesondere aus dem Reiche Duesterberg, Bezirk Halle an der Saale, die wüsten Beschimpfungen der Stahlhelmszeitungen, der Lügen- und Verleumdungsfeldzüge gegen das Reichsbanner sind nichts andres als Mandor, um von den Zwistigkeiten im schwarzweißroten Lager abzulenken.

Lügner.

Der Stahlhelm in Magdeburg veranstaltete am Mittwoch nach der Präsidentenwahl eine Siegesfeier zu Ehren des neuen Reichspräsidenten, dessen Kandidatur der Bundesvorsitzende des Stahlhelms bis zuletzt bekämpft hatte. Zum Fackelzug wurde die Magdeburger Bevölkerung eingeladen. Entgegen den Warnungen der Magdeburger Reichsbannerleitung fanden sich auch Republikaner ein, die ihrem Mißfallen dem Stahlhelm gegenüber Ausdruck gaben. Es kam auch zu Kaufereien und Kämpfelein. Die Beteiligten hatten sich vor Gericht zu verantworten: zwei Kommunisten, drei jüngere Mitglieder des Reichsbanners, ein Mitglied des Werwolfs, das kurz vor der Präsidentenwahl in das Reichsbanner eintrat, und ein fiebender Angeklagter, der an diesem Abend ein Reichsbannerabzeichen trug, aber nicht Mitglied war. Zwei Mitglieder des Reichsbanners wurden freigesprochen, weil sie an den Vorgängen nicht beteiligt waren, das dritte wurde zu 6 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt, die andern erhielten Strafen bis zu 1 Jahr Gefängnis. In der Urteilsbegründung, Vorsitzender war der aus dem Ebert-Prozess bekannte, dem Reichsbanner sicher nicht günstig gesinnte Landgerichtsdirektor Wemersdorff, wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Leistung des Reichsbanners an den Vorfällen keine Schuld treffe.

Die Stahlhelmszeitung macht aus dem Prozeß eine Staatsaktion und lügt dabei das Blaue vom Himmel herunter: von Gerichts wegen sei festgestellt, daß die Aktion vom Reichsbanner und von den Kommunisten inszeniert worden ist; von den Hundertschaftsführern sei der Befehl ergangen, sich am spätem Kampfsplatz zu sammeln; die Zusammenkünfte seien auf Rechnung der Führer zu setzen. Genau das Gegenteil ist vor Gericht festgestellt worden!

Auf Grund der erlogenen Behauptungen wird dann vom preußischen Innenminister Sebering ein Verbot des Reichsbanners erlassen! Dann heißt es in dem Artikel:

Herr Sebering soll uns aber nicht damit kommen, etwa nun hier paritätisch vorzugehen und auch dem Stahlhelm an den Wagen zu fahren. Im Gegensatz zum Reichsbanner ist der Stahlhelm eine staatspolitische Notwendigkeit, aus den politischen Verhältnissen entstanden. Herr Sebering wird zugeben müssen, daß die Tatsache des Vorhandenseins des Stahlhelms ein Grundpfeiler der innern Befriedung ist. Diese Tatsache macht es auch dem Staat unmöglich, sich im Gegensatz zum Stahlhelm zu setzen, und wo dies der Fall ist, ist der Beweis erbracht, daß die regierenden Männer eben nicht Staatsmänner, sondern Parteibonzen sind.

Bravo! Endlich wissen wir, woran ein Staatsmann zu erkennen ist: er muß Mitglied des Stahlhelms sein und gehoramt jede Suppe auslöffeln, die die Selbste und Duesterberg einbroden.

Grundpfeiler der innern Befriedung? Gehört dazu auch die Lätalität der vom „Ehrenjustiziar“ des Stahlhelms, Rechtsanwalt Schaper (Magdeburg), geleiteten Spitzelzentrale, die seiner Zeit durch ihre von Zuhältern und ähnlichem Lumpengesindel erfundenen „Nachrichten“ über Deutschlands innere Verhältnisse große Beunruhigung im In- und Ausland hervorrief? Gehört dazu auch die Diktaturpläne aus dem Herbst 1923? Und der Rüstiner Rutsch samt allem Drum und Dran von Sememorden? Gehört dazu auch der „große“ Tag von Halle an der Saale vom 11. Mai 1924, dessen Auswirkungen im Blatte des Außenministers Stresemann, der „Zeit“, folgendermaßen umschrieben wurden?:

Wenn man in Paris und London hört, daß Hunderttausende paradiert vor den alten Heerführern vorbeizogen, wenn die Nationalistische Freiheitspartei Bilder herausgibt mit der Unterschrift: „Siebzehntausend Gewehre leisten den Rittschwur für Deutschlands Freiheit“ — kann man sich darüber wundern, daß das Ausland, dem eine gar nicht vorhandene Bewaffnung vorgekauft wird, darauf mit dem Verlangen nach erneuter Militärkontrolle antwortet? Man kann direkt den Tag bezeichnen, an dem eine entscheidende Wendung in dieser Frage der Militärkontrolle eingetreten ist: es war der Tag nach der Demonstration von Halle. Damals ist England, das auf deutsche Vorstellung hin vielfach die Hinauszögerung dieser Angelegenheit unterstützt hatte, zu der entgegengesetzten Richtung übergegangen.

Daran zu erinnern ist nicht unnützlich gerade in diesen Tagen, da Deutschland wieder einmal über neue Entwaffnungsforderungen zu entscheiden hat.

Wenn der Stahlhelm etwas für die innere Befriedung Deutschlands tun will, dann möge er sich auf sein ursprüngliches Programm besinnen, in dem es hieß, daß er „politisch auf demokratischer Grundlage“ stehe und er möge ferner seine unverschämte Lügenkampagne gegen das Reichsbanner einstellen.

Offene Antwort.

An die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes!

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat Ihren „Offenen Brief“, in welchem Sie das Reichsbanner zu gemeinsamen Aktionen mit dem Roten Frontkämpferbund gegen Reaktion, Kriegsgefahr usw. aufrufen, zur Kenntnis genommen. Sie lehnt dieses Ansuchen aus folgenden Gründen mit Entschiedenheit ab:

Als am 11. August 1919 durch die Weimarer Verfassung die Republik gesetzlich verankert wurde, war es Aufgabe aller zielbewußten Republikaner, sich für den Bestand der republikanischen Staatsform einzusetzen. Die kommunistische Partei, die die Trägerin des heutigen Roten Frontkämpferbundes ist, hat diese staatspolitische Einsicht nicht nur vermissen lassen, sondern in parteigegensätzlicher Verblendung den Kampf gegen die Republik und die Republikaner mit den schimpflichsten Mitteln geführt. Die Folge war ein Erstarken der reaktionären Kreise inner- und außerhalb der Parlamente. Ueberall da, wo das kommunistische Gewaltregiment zu verzeichnen war, traten in natürlicher Rückwirkung die reaktionären Organisationen in Erscheinung. So hat die kommunistische Partei planmäßig den Boden für die nationalistische Agitation vorbereitet und zum Erfolg der Reaktion bei der letzten Wahl des Reichspräsidenten geführt.

Angesichts dieser historischen Tatsachen ist es eine geradezu bodenlose Heuchelei, wenn von Ihrer Seite aus Anlaß der Wahl des Reichspräsidenten ein Annachsen der reaktionären Gefahr festgestellt und zur Abwehr aufgerufen wird. Die kommunistische Partei und mit ihr der Rote Frontkämpferbund haben das Recht verwirkt, sich über diese Erscheinungen zu entrichten; denn allein sie haben diese Erscheinungen durch die Aufstellung einer von vornherein aussichtslosen Sonderkandidatur Thälmann und ihre wüste Setze gegen die republikanischen Parteien und das Reichsbanner hervorgerufen. Es ist deshalb eitel Spiegelfechtere, wenn Sie zur Abwehr selbst herausbechworner Gefahren aufrufen. Die kommunistische Partei hat mehr als einmal bewiesen, daß sie den Kampf um und für die Republik nicht ernst nimmt; deshalb werden wir den Aufruf des Roten Frontkämpferbundes zu gemeinsamen Aktionen lediglich als Versuch, die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiterschaft von der schweren Schuld abzulenken, die die kommunistische Partei auf sich geladen hat. Wir müssen es entschieden ablehnen, Sie in diesem Beginnen zu unterstützen, benutzen vielmehr diese Gelegenheit, dieses ihr uneheliche Spiel vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken.

Soweit Sie aus dem aggressiven Vorgehen der Rechtsverbände gegen Angehörige des Reichsbanners die Notwendigkeit zu den gemeinsam genutzten Aktionen herleiten, haben wir Veranlassung, Sie darauf hinzuweisen, daß auf diesem Gebiet der Rote Frontkämpferbund den Rechtsorganisationen nicht nachsteht. Da, wo der Rote Frontkämpferbund in Erscheinung getreten ist, sind Beschimpfungen und Täuschlichkeiten gegenüber Reichsbannerleuten an der Tagesordnung. In Berlin insbesondere hat dieses Treiben Formen angenommen, die unsere Kameraden zu durchgreifenden Abwehrmaßnahmen zwingen. Ferner machen wir auf die unter Ihrer Führung unternommenen Versuche aufmerksam, die kommunistische Verlesungsarbeit auch in die Reihen des Reichsbanners hineinzutragen. Beweis: Die in unserm Besitz befindlichen vertraulichen Kundschreiben der Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes. Es ist geradezu erstaunlich, daß Sie angesichts dieser Tatsachen es wagen, an das Reichsbanner zwecks gemeinsamer Aktion heranzutreten.

Wenn wir nicht zuletzt aus Gründen der Selbstachtung gezwungen sind, gemeinsame Aktionen mit dem Roten Frontkämpferbund abzulehnen, so wird davon die Stellungnahme des Reichsbanners zur Frage der Kriegsgefahr nicht berührt. Sie ist so bekannt, daß es sich erübrigt, sie hier zu wiederholen. Indem sich das Reichsbanner mit allem Nachdruck für den Schutz der Republik einsetzt und den nationalistischen Strömungen einen starken Damm entgegenstellt, schafft es stärkere Garantien für den Frieden, als es alle Manifestationen der kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes vermögen.

Ein Wort noch zu Ihrem Hinweis auf die neben der monarchistischen Gefahr wahrzunehmende wirtschaftliche Offensive gegen die Arbeiter und Angestellten. Auch nach dieser Richtung hin hat die kommunistische Partei alles andretan, als die Arbeiter und Angestellten in ihrem Kampfe gegen Lohnwucher, Lohnabbau usw. zu unterstützen. Sie und mit ihr der Rote Frontkämpferbund sind ihnen im Gegenteil in den Rücken gefallen und haben sie durch Versammlungsaussparungen und wüsten Terror in ihrer Aktivität gehemmt. Deshalb ist auch die Forderung gemeinsamer Aktionen in diesem Punkte aufgekante Heuchelei.

Unter Würdigung aller dieser Umstände erkläre ich daher in dem Rufe des Roten Frontkämpferbundes nach gemeinsamen Aktionen ein plummes Agitationsmanöver, durch das Sie Ihren schwindenden Einfluß im Volke neu zu befestigen gedenken. Da Sie mit Ihrem Roten Frontkämpferbund, der bei dem kürzlich in Magdeburg abgehaltenen Frontkämpfertag kaum 3000 Teilnehmer aus dem ganzen Reich auf die Beine brachte, wenig Ehre einlecken können, gedenken Sie das Reichsbanner zu Ihren parteipolitischen Zwecken zu mißbrauchen. Darauf gibt es nur eine Antwort: Mit Organisationen, die wie die kommunistische Partei und der Rote Frontkämpferbund sich bisher als die besten Bundesgenossen der Reaktion erwiesen haben, gibt es für das Reichsbanner kein Partieren. Es steht als die Millionengeneration der deutschen Republikaner auf der Wacht für die Republik, bereit, sie gegen alle Anoriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen zu verteidigen. Frei Heil!

N. A. gez. G ö r s i n g, Bundesvorsitzender.

Behörden der Republik.

In unserer Nummer 13 veröffentlichten wir das Sammelheft, in dem die Behörden von Hannover die Einladung zu einer Reichsbannerveranstaltung abgelehnt haben. Heute können wir einige Gegenbeispiele bringen, die beweisen, daß es auch Behörden gibt, die sich als Behörden der Republik fühlen. Unsere Kameraden im Gau Baden hatten zu ihrer Gaubannerweihe in Karlsruhe die Behörden eingeladen und erhielten darauf folgende Antworten:

Badisches Staatsministerium.
Secretariat.

Karlsruhe, den 14. März 1925.

Der Herr Staatspräsident läßt für die mit gefl. Schreiben vom 11. März 1925 übermittelte Einladung zu der am Sonntag den 15. März 1925 in Karlsruhe stattfindenden Gaubannerweihe seinen verbindlichsten Dank aussprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Unterschrift.)

Der Erste Bürgermeister der Landeshauptstadt Karlsruhe.

Karlsruhe, den 12. März 1925.

Für die an den Herrn Oberbürgermeister gerichtete Einladung zu der am Sonntag den 15. März hier stattfindenden Gaubannerweihe beehre ich mich verbindlich zu danken. Herr Oberbürgermeister Dr. Finter weist zurzeit in Urlaub. Ich werde mir erlauben, Ihren Veranstaltungen als sein Vertreter anzuwohnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Unterschrift.)

Der Polizeidirektor. Karlsruhe, 14. März 1925.

Für die freundliche Einladung zu der am Sonntag den 15. März 1925 in Karlsruhe stattfindenden Weihe des Gaubanners und für die Uebersendung der Ehrenkarten beehre ich mich, Ihnen meinen verbindlichen Dank auszusprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Unterschrift.)

Sämtliche eingeladenen Behörden waren auf der Feier vertreten. Die Kameraden in den Gau- und Ortsvereinen dürfen nicht veräumen, zu den Versammlungsfeiern des Reichsbanners alle Behörden einzuladen, gleichgültig, welcher politischen Richtung ihre Träger angehören.

Interpellation.

In unserer letzten Nummer gaben wir ein Flugblatt Verbot der Nürnberger Polizeidirektion samt Begründung bekannt. Die demokratische Reichstagsfraktion hat wegen des Verbotes eine Interpellation im Reichstag eingebracht, in der es nach Wiedergabe des unsern Lesern bekannten Verbots und seiner Begründung heißt:

1. Ist es Absicht der Reichsregierung, die Verteilung von Flugblättern, außer in besonderen Fällen, nur nach da zuzulassen, wo zur Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten keine Zeitung oder Zeitschrift zur Verfügung steht? Will die Reichsregierung dahin wirken, daß dieser neue Grundsatz der Polizeidirektion Nürnberg-Jülich allen Richtungen gegenüber gleichmäßig Anwendung findet? Wie will die Reichsregierung dafür Sorge tragen, daß die Zeitungen und die Zeitschriften sich für die Zustellung der Veröffentlichungen an alle Personen, für die sie bestimmt sind, zur Verfügung stellen?

2. Ist es die Absicht der Reichsregierung, die Führung des Reichsadlers durch Organisationen zu verhindern, die den Schutz der Republik auf ihre Fahne geschrieben haben und sich freudig zu den Symbolen des Deutschen Reiches bekennen?

Ober will die Reichsregierung die Polizeidirektion Nürnberg-Jülich darauf hinweisen, daß es in der demokratischen Republik lächerlich und grotesk ist, den Unterdrückungskampf gegen Vereinigungen, die für die Republik eintreten und die ihr deshalb mißliebige sind, mit den Mitteln kleinlicher Polizeidiktaturen zu führen?

Der Nürnberger Polizeidirektor Gareis soll, wie wir hören, schwermütig geworden sein, weil die liebevolle Fürsorge, die er dem Reichsbanner widmete, so gänzlich mißverstanden wird.

Bücher und Schriften.

Rheinische Schicksalsfragen. Eine Schriftenfolge, herausgegeben in Verbindung mit dem Bestauschuß für Rhein, Saar, Ruhr und Pfalz von Professor Dr. Mühlman. Schrift 1/2: „Die abgetretenen und besetzten Gebiete im deutschen Westen, Ostpreußen und Jählen. Von Regierungsrat Dr. Freiherr von Solmacher. Berlin. Preis 4,40 Mark. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61.

Kameraden, die als Redner und Schriftsteller tätig sind, werden die sehr instruktive und inhaltsreiche Schrift mit Vorteil lesen.

Heimatwandern. Ein Wanderbuch für die Jugend. Von Johann Charlet. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Velle-Alliance-Platz 8.

Es ist erfreulich, zu sehen, wie unsere Jungbannerkameraden lernen, die sonntäglichen Aufmärsche mit einer Wandlung zu verbinden und wie sie von der Wandlung der modernen Jugendbewegung zu profitieren suchen. Recht so! Nicht stumpfsinnig marschieren sollen Reichsbannerleute, sondern schauen dabei, sich hineinfühlen in die Landschaft. Eine ausgezeichnete Hilfe für diese rechte Art des Wanderns ist das Büchlein von Charlet. Für Jungbannerkameraden und für die Ortsgruppenbüchereien empfehlen wir die Anschaffung.

Politische Kaffeehäuser. Von Heinrich Cunow. Verlag J. G. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68. Ganzleinen 2,30 Mark.

Das Büchlein führt mitten in die Zeit der großen französischen Revolution und läßt uns mehr von dem politischen Leben jener Zeit erkennen als mancher dickleibige Wälzer. Mit Leberaufschlag wird mancher finden, das Kapitel über das „Kaffeehausleben der Moschusstinker“ könnte eine Schilderung unserer Kaffeehauslokale und Kafentanzmethoden sein.

Die Kriegsschuldfrage. Monatschrift für internationale Aufklärung, herausgegeben von der Zentralkommission für Erforschung der Kriegsschuldfrage. Schriftleitung: Alfred von Weener. Verlag Berlin NW 6, Luisenstraße 31a. Preis vierteljährlich 2 Mark.

Der deutsche Bauernkrieg. Von Friedrich Engels. Herausgegeben vom Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei, Hamburg.

Friedrich Engels führte in seinem vertrauten Kreise den Spitznamen „General“, weil seine stille Liebe militärische Studien waren. Wie stark seine militärische Begabung war, zeigt seine Schrift „So und Rhein“, in welcher er die strategische Bedeutung des Rheins, der belgischen und französischen Festungen und insbesondere die des Lagers von Paris in einer Weise darlegte, die nach den Erfahrungen des Weltkriegs geradezu prophetisch wirkt. Kein Wunder, daß sich Engels sehr für die Geschichte des deutschen Bauernkrieges interessierte und für die Hand der deutschen Arbeiter eine Studie schrieb. Die Engelsche Schrift ist vergriffen und darum ist die Neuausgabe in Hamburg zu begrüßen. Wenn dabei auch, besonderer Umstände halber, einige Kürzungen vorgenommen wurden, ist doch die Anschaffung jedem Kameraden zu empfehlen.

Deutschlands weltpolitische Zukunft. Von Paul Göhre. Kurt Vowinkel Verlag, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83. Preis 6 Mark und 4,50 Mark.

Paul Göhre setzt sich in diesem Werke mit dem Gedanken eines Pan-Europa auseinander, wobei er zum Unterschied von andern, die das gleiche Thema behandeln, von Deutschland ausgeht.

Erwanderte deutsche Geologie — Die Sächsischen Schweiz. Von Wilhelm Bölsche. Verlag J. G. W. Dieck Nachf., Berlin. Preis 2,50 Mark.

Die Internationale und Sowjetrußland. Von Karl Kautsky. Verlag J. G. W. Dieck, Berlin. Preis 0,75 Mark und 2 Mark.

Der bekannte sozialistische Theoretiker setzt auseinander, welche Stellung die sozialdemokratische Internationale zu dem Rußland von heute einnehmen müsse.

Illustrat Abecedarie del Ringuo Mebial European. Von Joseph und Betti Weisbart, Nürnberg, Steinbühler Straße 20a. In Nürnberg ist mancherlei erfunden worden. Warum nicht auch die „Mittler-Sprache Europas“? Gut ist an dem Büchlein die Behrmetode: Worte und Begriffe durch einfache Bilder schrift zu lehren.

Der Weltkrieg in seinen großen Linien. Gemeinverständliche und kritische Darstellung nach dem Werke des Reichsarchivars Freiburg im Breisgau 1925, J. Viefelsbelds Verlag. Festpreis 1,50 Mark.

Die starken Bände des Generalstabswerks durchgearbeitet ist nicht jedermann in der Lage, allein schon aus finanziellen Gründen. Der Verlag Viefelsbeld gibt in kleinen Heften eine zusammenfassende Uebersicht über den Inhalt des Werkes. Zwei Hefte liegen vor: Kriegsausbruch, Kriegspläne und „Die Grenzschlachten“. Ergebnis: Die entscheidende Ursache des Kriegsausbruches liegt in den Fehlern der deutschen Führung zu Kriegsbeginn.

Vom Kampfreord zum Massensport. Von Ernst Krafft. Verlag J. G. W. Dieck, Berlin. (64 Seiten, 1 Mark.)

Eine interessante, durch viele Bilder belebte, historische Darstellung der Entwicklung des Sportes.